



## **Innenausschuss**

### **58. Sitzung (öffentlich)**

2. Oktober 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:33 Uhr bis 12:56 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

**NRW muss funktionieren: Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum –  
Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und  
Jugendliche**

**3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/13149

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

\* \* \*



**NRW muss funktionieren: Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum – Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/13149

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

**Vorsitzende Angela Erwin:** Einen wunderschönen guten Morgen! Ich darf Sie alle sehr herzlich zur 58. Sitzung des Innenausschusses begrüßen. Ich begrüße die Mitglieder der Ausschüsse, die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Ganz besonders begrüße ich die Damen und Herren Sachverständigen hier im Saal und auch die drei digital zugeschalteten.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit Sitzungseinladung 18/1460. Ich gehe von Ihrem Einverständnis mit der Tagesordnung aus.

Die Sitzung wird per Live-Videostream im Internet übertragen.

Ein organisatorischer Hinweis in zeitlicher Hinsicht: Das Ende der Anhörung ist für spätestens 13:00 Uhr vorgesehen, da die nächste Sitzung des Innenausschusses bereits um 13.30 Uhr stattfindet.

Bevor wir nun starten, gestatten Sie mir noch einige weitere organisatorische Hinweise, die denjenigen, die unsere Ausschussarbeit schon seit längerer Zeit begleiten, bekannt sein dürften. Diejenigen, die heute erstmals bei uns zu Gast sind, bitte ich um Beachtung der geübten Praxis: Das Filmen oder Fotografieren in Sitzungen sowie Tonaufzeichnungen von Sitzungen im nordrhein-westfälischen Parlament – dazu zählen auch Anhörungen der Fachausschüsse – sind nicht gestattet.

Ich danke allen Sachverständigen für ihre vorab eingereichten Beiträge. Bitte gehen Sie davon aus, dass die Stellungnahmen inhaltlich allen Abgeordneten bekannt sind und ausführlich durchgearbeitet wurden.

Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, sind Eingangsstatements nicht vorgesehen, die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit Fragen an die Sachverständigen wenden.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Damit steigen wir in die erste Fragerunde ein.

**Dr. Christos Katzidis (CDU):** Meine sehr geehrten Damen und Herren Sachverständige! Herzlichen Dank für Ihre Beteiligung an dieser Anhörung, die schriftlichen Stellungnahmen und die Präsenz sowohl physisch als auch virtuell heute hier.

Ich mache es kurz und stelle eine Frage mit ein paar Teilaspekten, die sich an alle Sachverständigen richtet.

Sie alle haben im Kern die Einrichtung eines Onlinekommissariats befürwortet. Ich unterstelle, dass Sie demzufolge alle Organisationskenntnisse über den Aufbau der nordrhein-westfälischen Polizei haben, weil es ein Stück weit in Richtung Konkretisierung der Einrichtung geht. Sie haben einige Teilaspekte wie die heterogene Personalzusammensetzung dargestellt: sozialpädagogisch, wissenschaftlich, polizeilich etc. Darüber hinaus geht es um Streifenfähigkeiten im virtuellen Raum, also „uniformiert“, erkennbar unterwegs zu sein. Mit Blick auf Doppelstrukturen interessiert mich, wie Sie sich die Umsetzung eines Onlinekommissariats konkret vorstellen.

In der Realität haben wir in Nordrhein-Westfalen beispielsweise Häuser des Jugendrechts, Häuser des Kinderschutzes. Teilweise wurde dargestellt, dass eine bundesweite Durchführung sinnvoll wäre; das beträfe 16 Polizeiorganisationen. Wo sollte ein Onlinekommissariat organisatorisch angegliedert werden, und wie sollte es konkret ausgestaltet werden? Denn man sollte kinder- und jugendgerecht arbeiten, die Polizei kann aber in dem Bereich eigentlich nie ohne die sorgeberechtigten Eltern tätig werden bzw. Vernehmungen durchführen. Ich bitte Sie, einmal organisatorisch zu konkretisieren, was Sie im Prinzip alle in Ihren Stellungnahmen geschrieben haben, aber auch mit dem Fokus auf die Rechtslage und darauf, dass eine Ansprache von Kindern und Jugendlichen durch Polizistinnen und Polizisten nicht ohne die Eltern funktionieren dürfte. Wie könnte das virtuell ganz praktisch aussehen, auch mit Blick auf Vermeidung von Doppelstrukturen?

**Christina Kampmann (SPD):** Vielen Dank auch von uns für die Stellungnahmen.

Unsere erste Frage richtet sich an Herrn Professor Rüdiger und an Herrn Patrick Schlüter von der GdP. Wie bewerten Sie die bestehenden Kommunikationsstrukturen der Polizei mit Blick auf die Erreichbarkeit von jungen Menschen?

Die zweite Frage richtet sich auch an Herrn Professor Rüdiger und an die GdP. Welche konkreten Anforderungen müsste ein Onlinekommissariat erfüllen, um wirklich niedrigschwellig und kindgerecht als Anlaufstelle fungieren zu können?

Unsere dritte Frage richtet sich an Herrn Professor Rüdiger und an Frau Gaumann von JUUUPORT. Wie könnte eine Kooperation zwischen einem Onlinekommissariat und den bestehenden Akteuren wie Frag ZEBRA, JUUUPORT oder anderen Plattformbetreibern aussehen?

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Herzlich willkommen, liebe Sachverständige! Vielen Dank für die sehr ausführlichen Stellungnahmen und die teilweise sehr eindrücklichen Schilderungen.

Erste Frage: Frau Backe und Herr Beerhenke, Sie schildern sehr eindrücklich, was Sie in Ihrer Arbeit erleben. Es ist klar, dass das keine Lebensrealität ist, von der wir wollen, dass Kinder so aufwachsen. Auch mit Blick auf die Fragen der Kollegen möchte ich wissen: Widerspricht die Tatsache, dass sich Kinder häufig nicht trauen, sich mitzuteilen, nicht eigentlich der Forderung nach einer Onlinewache? Denn was würde eine Onlinewache bringen, wenn sowieso Hemmungen bestehen, sich fremden oder auch

bekanntem Menschen wie Lehrkräften anzuvertrauen? Ich sehe darin einen kleinen Widerspruch.

Zweite Frage: Herr John, ich finde es sehr gut, dass Sie auf die UN-Kinderrechtskonvention eingehen und hergeleitet haben, wie der besondere Schutz von Kindern dargestellt werden soll. Wie aber soll sichergestellt werden, dass junge Menschen erkennen, dass es sich nicht nur um ein doofes Gefühl handelt, wenn sie eine Nachricht bekommen, sondern dies wirklich – ich glaube, das ist der Kern dessen – eine Anzeige wert ist? Es geht um die Entscheidung. Was braucht es, um diese Entscheidung unterstützen zu können?

Dritte Frage: Herr Schlüter – das war auch eine der Unterfragen von Herrn Katzidis –, welche Doppelstrukturen und Zuständigkeitsunklarheiten würden Sie bei der Einführung eines Onlinekommissariats sehen, also mit Bezug auf die Strukturen der Polizei? Wo würde sich dieses genau eingliedern?

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Auch von unserer Seite vielen Dank für die ausführlichen Stellungnahmen.

Ich schließe mich ein bisschen den Fragen des Kollegen Katzidis an. Weil er alle gefragt hat, richtet sich meine erste Frage auch an alle. Wie sollte die Ansprache von Kindern und Jugendlichen gestaltet werden, um einerseits Hemmschwellen zur Institution Polizei abzubauen, aber gleichzeitig die Relevanz der Strafanzeige zu verdeutlichen?

Die zweite Frage schließt an die letzte Frage von Frau Dr. Höller an. Wie können bestehende Strukturen und Fachkompetenzen von nicht staatlichen Organisationen systematisch eingebunden werden, ohne parallele Angebote zu schaffen und Doppelstrukturen aufzubauen?

**Markus Wagner (AfD):** Meine ersten drei Fragen gehen alle an Herrn Dr. John. Zum einen möchten Sie, dass Kinder und Jugendliche in die Entwicklung und Einrichtung einbezogen werden sollen. Wie könnte das Ihrer Meinung nach geschehen?

Zum anderen sagen Sie, dass Kinder als Rechtssubjekte gestärkt werden sollen, und meinen, dass die freie Meinungsäußerung ermöglicht werden soll. Könnten Sie das etwas genauer ausführen? An sich gehen wir ja davon aus, dass die freie Meinungsäußerung besteht. Inwiefern geht es also um das Ermöglichen?

Die dritte Frage geht sowohl an Herr Dr. John als auch an die Polizeigewerkschaften. Herr Dr. John, Sie meinen, dass der Erstkontakt über anonyme Beratung durch Fachkräfte erfolgen soll. Da ist zum einen die Frage an Sie: Wie soll das ausgestaltet werden? Zum anderen die Frage an die Polizeigewerkschaften: Wie stehen Sie dazu? Noch einmal: Der Erstkontakt soll über anonyme Beratung durch Fachkräfte und nicht polizeilich gebunden erfolgen. Das habe ich Ihrer Stellungnahme entnommen. Wie kann das gestaltet werden? Warum soll das so sein? Wie stehen die Polizeigewerkschaften dazu?

**Vorsitzende Angela Erwin:** Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde angekommen und starten jetzt die Antwortrunde. Ich schlage vor, wir gehen in der Reihenfolge des Tableaus vor.

**Prof. Dr. Stefan Jarolimek (Deutsche Hochschule der Polizei [per Video zugeschaltet]):** Einen wunderschönen guten Tag in die Runde! Ich darf mich zuerst dafür entschuldigen, dass ich keine Stellungnahme eingereicht habe; das war mir krankheitsbedingt nicht möglich.

Zunächst möchte ich sagen, dass ich die Einführung eines Onlinekommissariats sehr begrüße, wie es auch den anderen Stellungnahmen zu entnehmen ist.

Herr Katzidis hat nach der Verortung und der praktischen Umsetzung gefragt. Online denkt man sicher erst einmal an eine zentrale Verortung, beispielsweise bei der Webredaktion im Innenministerium. Wichtig ist, einen regionalen, persönlichen Kontakt zu haben, das heißt bei den Kreispolizeibehörden, die letztlich das Vertrauen für Kinder und Jugendliche schaffen, sich bei der Polizei zu melden. Ich glaube, da besteht gerade die größte Kluft. Man ist zwar bei den Kitas vor Ort, die Polizei zeigt ihre Streifenwagen etc., aber dann bricht der Kontakt eher ab, und die Zielgruppe wird erst wieder interessant, wenn es um die Nachwuchswerbung geht. Da halte ich den persönlichen Kontakt über Schulen, über andere Multiplikatoren für wichtig.

Ein Problem könnte werden, wenn das jetzt in Nordrhein-Westfalen ein Vorreitermodell wird, dass die gesamte Bundesrepublik darauf zugreift. Mehrfache Erwähnungen haben wir im Social-Media-Bereich häufiger. Dinge werden über Social Media an die Polizeibehörden gemeldet, die am bekanntesten und größten sind, also Berlin, München, Hamburg oder Köln. Man muss sehen, ob das dann nur für das Land funktioniert oder ob man eine bundesweite Stelle etablieren kann. Das ist relativ schwierig. Man müsste an eine Bundesbehörde wie das Bundeskriminalamt oder Ähnliches denken.

**Dr. Emanuel John (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW):** Zu der Frage von Herrn Katzidis kann ich nur Ähnliches sagen wie Herr Jarolimek. Es gibt bei den Kreispolizeibehörden jeweils entsprechenden kriminalpolizeilichen Opfererschutz, KPO, der bereits auf Kinderschutz spezialisiert ist. Ich denke, das wären gute Anlaufstellen und die entsprechenden Ermittlungsstellen. Man muss dabei bedenken, dass diese schon in Kooperationszusammenhängen mit anderen Behörden und Organisationen des Kinderschutzes stehen, nicht nur zufällig, sondern weil es das Kinderschutzkooperationsgesetz gibt. Das ist vor allem Aufgabe der Jugendämter, aber die haben ja entsprechende Strukturen geschaffen, in die auch die Polizei jeweils einbezogen ist. An diese Strukturen sollte man anknüpfen.

Ich sehe allerdings das Spannungsverhältnis. Das Internet bildet nie die lokalen Verhältnisse einer Kreispolizeibehörde ab. Es wäre vielleicht empfehlenswert, dass man ein Modellprojekt entwickeln lässt, bevor die verschiedenen Kreispolizeibehörden etwas entwickeln, was dann trotzdem überall sichtbar wäre; das ist ja schwer einzuschränken. Aber das ist eine technische Frage.

Frau Höller hat gefragt, wie man sicherstellt, dass Kinder von dem doofen Gefühl, das sie haben, zu dem Punkt kommen, dass sie eine Anzeige erstatten. Ich habe in meinem Statement stark darauf abgezielt und betont, dass die Einrichtung einer Online-wache mit dem allgemeinen Ziel, die Rechte von Kindern zu stärken – das betrifft verschiedene gesellschaftliche Bereiche – und Kinder auch als Rechtssubjekte zu stärken, zu verbinden ist. Das ist erst mal die weitere Sichtweise darauf, dass man das auch als Unterstützungsprozess sehen muss.

Das korrespondiert ein bisschen mit der Frage von Herrn Wagner. Kinder sind zwar formale Rechtssubjekte und haben Meinungsfreiheit, aber sie sind eben noch in der Entwicklung. Sie brauchen besondere Unterstützung, um dieses Recht überhaupt wahrnehmen zu können. Ihnen müssen die Folgen einer Anzeige und ihre Rechte im weiteren Strafverfahren erklärt werden. Dieser ganze Beratungs- und Unterstützungsprozess muss irgendwie eingebaut werden in die Einrichtung, bei der Kontakt- oder Nachkontaktaufnahme mit einer Cyberwache. In dem Prozess geht es um Erklärungen für die Kinder, sodass sie merken, ob ihr Gefühl richtig ist, dass es sich um einen Straftatbestand handelt, der zur Anzeige gebracht werden kann, oder nicht.

Wichtig dabei ist mir – einige mögen jetzt vielleicht widersprechen –: Kinder müssen wissen, welche Folgen es haben kann, wenn sie eine Strafanzeige stellen, wenn sie in ein Strafverfahren verwickelt sind. Sie müssen vielleicht auch die Möglichkeit haben, davon absehen zu können. Das gehört dazu.

Deswegen mein Plädoyer – damit beantworte ich die nächste Frage gleich mit –, den Erstkontakt durch Fachkräfte vorzunehmen, die nicht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind, die also nicht dem Strafverfolgungszwang unterliegen. Man kennt das aus verschiedenen Kooperationskontexten, in denen es um Kinderschutz geht. Wenn etwa Polizistinnen und Polizisten mit dem Jugendamt kooperieren und Fälle besprechen, dann kommt es in der Praxis vor, dass sie zu bestimmten Momenten aus dem Raum gehen, weil man weiß, dass es nun um einen Straftatbestand geht, der sie verpflichten würde, eine Anzeige zu stellen. Das würde aber den ganzen weiteren Prozess, das Kind und die Familie zu unterstützen, kaputt machen, man würde den Kontakt zu der Familie verlieren, und es würde dem Kind am Ende sogar mehr schaden. Das ist der Grund, warum ich dafür bin, mit einer anonymen Beratung durch Fachkräfte zu beginnen, bei der genau das geklärt wird: Was sind die Folgen für das Kind? Ist es tatsächlich Opfer einer Straftat geworden?

Damit bin ich bei der Frage von Herrn Wagner, ob Kinder nicht ohnehin Rechtssubjekte sind. Formal ja, aber bei Ihnen spricht man noch von Evolving Capacities. Die Fähigkeit, ihre Meinung frei zu äußern, ist noch nicht voll ausgeprägt, daher brauchen sie im Rahmen einer Cyberwache entsprechende Unterstützungsstrukturen, wie es sie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft geben soll. Bildung in der Schule spielt dabei eine große Rolle. Kinder werden dort über ihre Rechte aufgeklärt usw. Es ist wichtig, dass diese Form von Unterstützung im Zusammenhang mit der Einrichtung geleistet wird. Wenn die Frage noch nicht ausreichend beantwortet ist, kann ich gerne auf mehr Details eingehen.

Was die anonyme Beratung durch Fachkräfte angeht, kann man an bestehende Strukturen anknüpfen. Zur genauen Einrichtung und wie man das besser verknüpfen kann,

können sicher die kompetenten Akteure in dem Bereich, wie die Jugendhilfe, mehr ausführen. Es gibt bereits Beratungsstellen.

Zu der Frage, wie ein Beteiligungsverfahren im Prozess der Entwicklung einer Cyberwache aussehen könnte: Man sollte die Verbände, die eine Stimme für Kinder und Jugendliche erheben, einbeziehen – etwa das Kinderhilfswerk, den Deutschen Kinderschutzbund usw., sie können das am besten praktisch umsetzen –, und die Zivilgesellschaft sollte einbezogen werden. Da sollte man ein Verfahren finden.

**Prof. Dr. Thomas-Gabriel Rüdiger (Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg [per Video zugeschaltet]):** Schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, mich zunächst den Antworten meiner Kollegen anzuschließen. Ich unterstreiche alles, was bisher gesagt wurde.

Weil ich ein bisschen unordentlich bin, habe ich mir überlegt, die Fragen inhaltlich zu sortieren. Ich beginne mit der Frage: Welche Kommunikationsangebote bieten wir als Sicherheitsbehörden den Kindern und Jugendlichen heutzutage im Netz eigentlich an? Die gibt es so gut wie nicht, das muss man ganz klar sagen.

Zur Internetwache zitiere ich den Leiter Ihrer ZAC NRW, Markus Hartmann, Leitender Oberstaatsanwalt. Er hat in einem Meinungsbeitrag gesagt:

„Manche polizeiliche ‚Internetwache‘ ist eine Kommunikations- und Usability-Katastrophe. Staatsanwaltschaften im Netz zu finden und vor allem zu erreichen, ist jenseits der E-Mail nahezu unmöglich.“

Es gibt zwar ein paar punktuelle Dinge, aber es ist schon für Erwachsene schwer, das ausfindig zu machen. In einem globalen digitalen Raum kommt jedes Bundesland mit einer eigenen Wache. Auf den Wachen kann man teilweise nicht alle Anzeigen erstatten. Meistens führen die Wachen als Erstes Belehrungskataloge auf, dass man sich womöglich strafbar macht. Es ist schwer, in den unterschiedlichen Wachen Hilfe bei der Anzeigenaufnahme zu finden. Wenn das schon für Erwachsene gilt, wie sollen Kinder und Jugendliche das dann schaffen? Ich kenne zum Beispiel keine Studie, die erhebt, inwiefern ein Kind oder ein Jugendlicher über eine Onlinewache rein praktisch überhaupt in der Lage ist, tatsächlich Hilfe zu finden.

Das führt zu dem zweiten Punkt, nämlich: Wo könnten Kinder und Jugendliche im Netz bei der Polizei Hilfe finden? Es sind die Social-Media-Accounts. Nicht auf allen, aber auf vielen Social-Media-Accounts von Polizeibehörden in Deutschland steht: Wir lesen keine Nachrichten, hier keine Anzeigen. – Und teilweise werden die Bürozeiten angegeben. Wie wirkt das auf Kinder und Jugendliche, die eventuell bei der Polizei – dafür ist sie da – im Netz Hilfe finden sollen? Es wirkt so, als ob es heißt: Sprich uns lieber nicht an. – Alles ist möglichst kompliziert gestaltet. Das kann keine moderne Art und Weise der Kommunikationsstruktur im Netz für Sicherheitsbehörden sein.

Kinder – nicht nur Kinder, aber vor allem Kinder und Jugendliche – verbringen mittlerweile mehr Zeit im Netz als im gesamten physischen Raum, wenn man das übertragen würde. Dort müssen wir Angebote unterbreiten. Beispielsweise finde ich ganz gut, was Niedersachsen mit Twitch macht, mit der Kommunikationsstruktur dort. Das gibt es nicht. Hier brauchen wir ein Angebot. Das ist jetzt zum Beispiel ein Onlinekommissariat. Ich

selber habe schon jahrelang eine Kinder-Online-Wache in einer ähnlichen Struktur vorgeschlagen und gefordert.

Für mich ist es ein wichtiger Faktor, dass wir ernsthaft darüber reden, dass in Deutschland überhaupt solch ein Angebot unterbreitet wird. Das ist auch nicht nur eine strafverfolgende Aufgabe. Man liest in allen Stellungnahmen von Strafverfolgung. Es geht vor allem um Gefahrenabwehr. Es geht darum, dass wir hier für den ersten Angriff eine Kommunikationsstruktur schaffen, über die Kinder, wenn sie Angst haben und mit Dingen nicht klarkommen, Hilfe finden können.

Da vielleicht noch eine kurze Analogie: Ich habe neulich an einer Podiumsdebatte teilgenommen. Ein 16-jähriges Mädchen, das von Mobbing im Netz betroffen war, hat über ein sogenanntes Beichtforum versucht, Hilfe zu finden. Sie hat keine Hilfe gefunden, sondern es hieß: Das ist nicht unser Ding, rede mit deinen Eltern. – Bei den Eltern hat sie sich nicht getraut. Am Ende ist sie an den WEISSEN RING herantreten. Ich habe sie dann auf dem Podium gefragt, warum sie nicht zur Polizei gegangen ist. Ihr war gar nicht bewusst, dass das überhaupt im Netz eine realistische Option ist. Dafür müssen wir etwas anbieten.

Sie sehen übrigens auch in den Studienlagen, dass die Anzeigebereitschaft der Kinder und Jugendlichen bei der Polizei bei Netzthemen massiv gesunken ist, teilweise sogar Richtung 0 % geht. Dann muss sich die Polizei fragen, was sie hier falsch macht, welches Angebot sie unterbreitet.

Und hier kommt das rein. Das heißt, wenn Sie mich fragen, ob es gegenwärtig Optionen gibt, dann lautet die Antwort: eigentlich nicht. Und es ist auch nicht für Kinder ausgestattet, auf sie ausgerichtet und entsprechend angesetzt.

Welche konkreten Anforderungen brauchen wir? Das finde ich schwierig zu beantworten. Da müssen wir tatsächlich, wie der Kollege John gesagt hat, mit den entsprechenden pädagogischen Verbänden arbeiten. Mit Polizeidienstvorschriften für Kinder und Jugendliche haben wir schon gewisse Grundlagen. Aber ich möchte noch einmal sagen: Das dient nicht per se einer Vernehmung. Man sollte sich nicht vorstellen – so verstehe ich das Konzept –, dass wir darüber Vernehmungen im klassischen Sinne durchführen; wir haben Ermittlungsverfahren, und dann gibt es eine Vernehmung. Es soll eine erste Anlaufstelle, eine niedrigschwellige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche sein und Hilfe anbieten. Ich könnte mir gut vorstellen, mit einer zivilgesellschaftlichen Vorschaltung zu arbeiten, die zunächst Hilfe bietet.

Meine Erfahrung ist, dass Kinder einfach schnell Hilfe wollen. Sie wollen Beratung und Hilfe in solchen Situationen. Dafür muss der Staat, muss die Polizei ein Angebot unterbreiten und darf das nicht nur zivilen Institutionen überlassen. Denn es ist nicht richtig, Themen wie sexuellen Kindesmissbrauch alleine an zivile Institutionen auszulagern, was aber gegenwärtig der Fall ist.

Zu der dritten Frage, wie eine Kooperation aussieht: Ich kann mir gut vorstellen, Organisationen wie JUUUPORT – das ist ein sehr gutes Angebot von jungen Menschen für junge Menschen – mit ins Boot zu holen. So etwas könnte man, wie der Kollege John es auch schon gesagt hat, vorschalten und dann fragen: Wie sieht es aus? Wenn man

dann merkt, dass es sich um ein schwerwiegendes Thema handelt, wird die Polizei zugeschaltet, extra dafür ausgebildete Kollegen.

Ich muss es noch einmal sagen, es wurde schon angedeutet: Ich bin ganz klar dafür, dass wir nicht über eine nationale Struktur reden. Für mich geht es hier um ein Pilotprojekt. Am Ende müssen in ganz Deutschland solche Angebote unterbreitet werden. Die Ressourcen könnte man über den Königsteiner Schlüssel regeln oder das Ganze vielleicht wirklich an den Bund auslagern. Sie sind diejenigen, wenn Sie sich dafür entscheiden, wofür ich werbe, die den ersten Aufschlag machen und eine Innovation für einen besseren digitalen Kinderschutz von staatlicher Seite anbieten würden. Ich kann das nur positiv unterstützen.

**Erich Rettinghaus (Deutsche Polizeigewerkschaft NRW):** Wie wir gerade schon gehört haben, ist die Polizei immer Ländersache und in der Bundesstruktur völlig unterschiedlich. So haben wir in Nordrhein-Westfalen 47 Kreispolizeibehörden und drei Landesoberbehörden. Da ist ein Onlinekommissariat nicht so schnell aus dem Boden gestampft. Gerade die Organisation bedarf einer gewissen intensiven Vorbereitung in allen Kreispolizeibehörden, die auch nicht alle gleich sind. Wir haben §-2-, §-4-Behörden und Landratsbehörden, deren Aufbau ganz unterschiedlich ist. Es würde ein ordentliches Stück Arbeit, das zu implementieren. Vorauseilend für das gesamte Bundesgebiet wäre das dann ein Vorreiter-, ein Pilotprojekt. So wünschenswert das auch ist, so schwierig wäre die Umsetzung mit allen zugehörigen Aspekten.

Zur Frage von Herrn Katzidis nach der rechtlichen Seite: Wir brauchen die Eltern für die Strafanzeige, die Kinder können das gar nicht alleine machen. Wir haben Strafverfolgungszwang und können nicht anders handeln. Für uns ist der Fächer, den wir nutzen könnten, nicht ganz so breit wie für einen privaten Verein oder das Jugendamt, die ganz andere Möglichkeiten haben. Es stehen gewisse vorgeschaltete Stellen zur Verfügung, natürlich viel zu wenige. Das Jugendamt zum Beispiel, Ansprechpartner bei sexueller Gewalt, könnte man vorschalten. Für unsere Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir gewisse Strukturen im Opferschutz etc. vorhalten, die Kommissariate dementsprechend zugeordnet haben, bedürfte es sehr viel Schulung speziell im Umgang mit Kindern und wie man dort weiter verfährt. Es wäre also ein riesiger Bereich der Fortbildung der einzelnen Kolleginnen und Kollegen vorgeschaltet, und wir haben ressourcenmäßig schon Probleme, die Fortbildung so zu gewährleisten, wie wir sie gewährleisten müssten, um top dazustehen.

Die Frage nach der Angliederung kann ich nicht einfach beantworten, weil viele Akteure gefragt und dazugeholt werden müssen. Das Haus des Jugendrechts in Essen beispielsweise ist eine tolle Sache, aber es ist in Essen angesiedelt, und wir reden über eine Onlinewache für Nordrhein-Westfalen. Wollen wir eine Onlinewache, oder wollen wir jemanden vorschalten? Wir werden jemanden vorschalten müssen, weil wir es so nicht hinbekommen. Die Polizei ist dafür da, eine Straftat zu verfolgen oder aufzunehmen. Hilfe gibt es in der Regel vom Jugendamt oder von anderen Institutionen, oder man muss sich besser vernetzen.

Ich sehe aber auch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration in der Pflicht, sich bei solchen Dingen zu beteiligen. Die Akteure

müssen sich erst einmal zusammensetzen und schauen, wie sie so etwas aufbauen können. Die Frage lässt sich nicht ad hoc in einer Anhörung beantworten. Ich bemühe mich jetzt um eine Antwort aus der Praxis. Es würde sich äußerst schwierig darstellen. Die Ressourcensituation in den Direktionen Kriminalität in den einzelnen Kreispolizeibehörden ist schon sehr angespannt, um es vorsichtig zu formulieren.

Unsere jetzige Onlinewache beim LKA nimmt die Sachen entgegen und verteilt sie lediglich an die Kreispolizeibehörden im Land, ohne eine großartige Prüfung vorzunehmen. Diese Struktur kann man natürlich aufgreifen; man muss Doppelstrukturen vermeiden. Wenn wir aber diese Wache im LKA ausbauen, zieht das Personal aus den Kreispolizeibehörden, was dort wiederum zu weniger Personal führt. Wir drehen uns dann im Kreis, weil wir dies auf keinen Fall zulasten anderer Aufgaben umsetzen wollen. Wir ziehen das Tischtuch schon an allen Ecken, und es wird einfach nicht länger.

Wie sollte die Ansprache gewährleistet werden, Herr Dr. Pfeil? Das ist als Gewerkschaft schwierig zu beantworten. Kindgerecht sollte es unbedingt sein. Man könnte vielleicht mit Avataren arbeiten. Man kann es auf jeden Fall nicht so machen, wie wir es jetzt tun. Das würde absolut nicht passen. Da wird sich kein Kind melden. Ich sehe aber auch die Eltern in der Pflicht. Die müssen wir einbeziehen. Sie benötigen ebenfalls eine gewisse Medienkompetenz, um auf die Kinder einwirken zu können. Es ist ein Gesamtpaket, das nicht einfach zu stemmen sein wird. Der Ansatz ist gut, aber das Ganze muss sorgfältig vorbereitet werden.

Herr Wagner sprach eine anonyme Beratung durch Fachkräfte an. Ja, die kann man vorschalten. Das haben wir ja teilweise schon, wie ich eingangs sagte. Ich sehe das eher beim Jugendamt, wie den Ansprechpartner oder die Ansprechpartnerin für sexualisierte Gewalt. Die Möglichkeiten der Polizei, wenn wir einmal dran sind, sind andere. Dann sind wir im Strafverfolgungszwang. Dann brauchen wir die Eltern für den Strafantrag usw., nämlich eine Unterschrift oder wie auch immer für die spätere Strafverfolgung.

Es ist ein ordentliches Stück Arbeit, das geht nicht so einfach. Wir sehen das als sinnvoll an. Priorität hat jedoch der Ausbau präventiver und aufklärerischer Strukturen im Vorfeld. Die Digitalisierung ist bei uns ein bisschen zurückgeblieben. Daran müssen wir kräftig arbeiten, um die Wünsche, die auch wir haben, erfüllen und die Arbeit besser machen zu können. Das ist einfach so, so ehrlich muss man sein.

**Patrick Schlüter (Gewerkschaft der Polizei NRW):** Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank, dass ich hier heute zu dem Thema ausführen darf.

Zu der Frage, wie wir uns das Ganze konkret vorstellen: Wir sind in vielen Dienststellen am Limit. Wir haben ein massives Personalproblem. Obwohl so viele eingestellt werden, kommt zu wenig in den Dienststellen an. Daher müssen wir gucken, wie wir auf vorhandenen Strukturen aufsetzen können.

Die Internetwache im LKA könnte sicherlich ein erster Schritt sein, aber die Politik muss am Ende auch beantworten, was sie wirklich möchte. Wenn die Polizei im Boot ist, reden wir sofort über den Strafverfolgungszwang. Ein geschilderter Sachverhalt muss dann auch niedergelegt werden. Wenn wir im ersten Schritt die Beratung in den

Vordergrund stellen wollen, muss man sicherlich eher über nicht polizeiliche Player nachdenken.

Schaut man sich die heutigen Strukturen an, die Internetwachen, dann stellt man fest – Herr Professor Rüdiger hat das sehr eindringlich beschrieben –, wie abschreckend sie teilweise aufgestellt sind, mit vielen Belehrungen, dass man nur keinen Falschen beschuldigen darf, und allem Möglichen. Wir müssen diese Strukturen dann kindgerecht gestalten. Die Frage ist, wie man Kinder erreicht und wie man mit Kindern, wenn es um einen konkreten Fall geht, kommuniziert. Muss man eine Chatfunktion einrichten? Muss man eine Videokonferenzfunktion einrichten, wie auch immer? Wir müssen kindgerechte Seiten schaffen, um die Kinder mit den richtigen Informationen auch zu erreichen.

Es geht um die Frage, wie wir Erziehungsberechtigte einbinden. Opfer sind häufig Kinder aus unklaren Familiensituationen. Wer stellt dann den Strafantrag, oder wer muss eingebunden werden? Das muss man auch immer ein Stück weit mitdenken.

Man könnte das Thema möglicherweise über das neue Pilotprojekt zur Gewaltprävention an Schulen, mit dem wir jetzt auf Schulhöfen, im Unterricht präsent sind, ansprechen. Das wäre vielleicht ein Punkt, bei dem man vorhandene Strukturen nutzen könnte, wobei man die jeweiligen Kolleginnen und Kollegen entsprechend fortbilden müsste.

In der analogen Welt sitzt in der Polizeiwache heute in erster Linie ein Generalist, der das, was ihm geschildert wird, strafrechtlich würdigt und dann niederlegt. Dieser kann nicht auf jeder Polizeiwache in Nordrhein-Westfalen zu jeder Zeit, 24/7 speziell auf die Anforderungen von Kindern geschult sein. Deswegen bietet sich beim Erstkontakt auf jeden Fall etwas Zentrales an. Man muss vielleicht die erste Aufnahme und die weitere Bearbeitung später voneinander trennen.

Damit bin ich bei möglichen Doppelstrukturen. Bisher bearbeiten wir nicht nach Zielgruppen, sondern nach Delikten in den Kreispolizeibehörden. Wenn man jetzt ein spezielles Kommissariat für eine bestimmte Zielgruppe schafft, dann muss man sehen, dass dort keine Doppelstrukturen entstehen. Dieses Problem muss man lösen.

Die Polizei berät nicht in erster Linie, sondern muss, wenn sie etwas erfährt, aufgrund des Strafverfolgungszwangs handeln. Ich habe schon gesagt, dass wir insgesamt zu wenig Ressourcen haben. Wenn man dieses wichtige Thema anpacken will, dann muss man gucken, wo wir es in unseren vorhandenen Strukturen andocken können, ohne komplett neue Dinge zu schaffen.

Einen Unterschied macht es noch, ob das Kind, das Opfer unter 14 oder über 14 Jahre alt ist. Auch das müssen wir in den Blick nehmen.

**Insa Backe (Passionate Protectors):** Erst einmal schönen Dank für die Einladung. Es ist toll, dass wir hier sprechen dürfen. Ich fühle mich ganz so wie in allen anderen Diskussionen. Es gibt in dieser Debatte viele Aber, die in der Wer-soll-es-machen-Straße in Kein-Geld-Stadt wohnen. Das ist aber ganz normal. In dieser Situation müssen alle Gewerke zusammenarbeiten.

Wir befinden uns in einer Situation, in der schon Grundschüler mit schwerster Gewalt konfrontiert sind, mit schwersten Straftaten, die ihnen im Netz gezeigt werden, die sie zugeschickt bekommen, die teilweise, ohne dass sie es selber wollen und wissen, zu Tätern werden, indem sie etwas weiterleiten. Wir reden von Achtjährigen, wir reden nicht mehr nur über Kinder, die älter als 14 sind. Sehr lange war es so, dass die KPO ab Jahrgangsstufe 7 einsteigen sollte, weil es keine speziell pädagogisch geschulten Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen gab, während sie in der KPO zumindest über ein gewisses Vorwissen verfügen.

Nun besuche ich jede Woche eine andere Schule im ganzen Land und auch bundesweit, sowohl Grundschulen als auch weiterführende Schulen. Sehr häufig sind Beamte der KPO in Zivil dabei. Ich war mit diesem Projekt auch beim Innenminister, der das sehr gutheißt. Alles verrutscht nach unten. Wer denkt, dass nur die Älteren, die schon in der Pubertät sind, die Probleme durchmachen, der liegt falsch. Das haben wir schon bei den ganz Kleinen. Sie sind im Moment von all den destruktiven Kräften eines der begehrtesten Ziele überhaupt, eben weil sie noch nicht strafmündig sind, weil sie dadurch sehr gute Boten für alle möglichen Dinge sind und maximal vulnerabel. Sie haben keine Lobby.

Die Debatten laufen überall so wie hier. Ich kann das auch sehr gut verstehen. Wir reden aber zunächst – so habe ich Herrn Professor Rüdiger verstanden, und so sehe ich es auch – über eine Onlinewache. Die ist nicht in den Kreispolizeibehörden angesiedelt, und es gibt auch nicht in jeder Kreispolizeibehörde eine, sondern die Onlinewache ist im Internet, und wir können zentral von dort aus steuern.

Es gibt ja auch Streifen im Netz, wenn ich da an die Ausführungen von Herrn Professor Rüdiger andocken darf, die man avatarisch gestalten könnte, ansonsten als Ansprechpartner in der Onlinewache auf gar keinen Fall, denn die Kinder wenden sich in zunehmendem Maße an KI-Chatbots, an Avatare und laufen massenweise in Fallen. Die KI-Avatare sorgen dafür, dass wir kinderpornografisches Material ohne Ende auf dem Markt haben, weil das von ihnen über Vertrauensgenerierung usw. eingefordert wird.

Zu der Frage von Frau Dr. Höller nach dem Widerspruch, dass eine Onlinewache wünschenswert ist, aber die Kinder sich nicht melden: Ja, die Kinder melden sich nicht bei Eltern, bei Lehrkräften und auch nicht bei der Polizei, weil das alles sanktionsbefugte Erwachsene sind. Die Kinder werden genau damit unter Druck gesetzt. Sie kriegen mit, dass die Täter, wenn Straftaten geschehen, ob es sich um sexuelle Übergriffe handelt, um Vergewaltigungstaten oder Drogenmissbrauch, wie es dann in den Medien sehr breit dargestellt wird, mit einer Minimalstrafe oder gar keiner Strafe davonkommen. Das ist der Hebel, der bei Kindern angelegt wird: Dir wird etwas passieren; ich habe die Fotos, du bist dran; deine Familie wird kaputtgehen. – So viel zum Thema, dass die Kinder wissen müssen, was dem folgt. Es werden Drohszenarien aufgebaut, und dann wird gesagt: Pass auf! Ich komme raus, und du bist kaputt. – Dann lesen die Kinder in den Medien, dass es genauso passiert. Das heißt, diese Drohszenarien sind völlig real.

Deswegen bin ich sehr bei Ihnen, Herr Dr. John. Vorgeschaltet müsste es eine Art Schleuse geben. Die Jugendämter sagen im Übrigen genau dasselbe, ich habe dort

Gespräche geführt. Das Tischtuch ist klein und zerschnitten, überall liegen Krümel herum, sie können nicht mehr.

Dass wir überhaupt darüber reden, dass wir Leute schulen müssen im Hinblick auf das, was gerade passiert, beschreibt aus meiner Sicht ein gesamtgesellschaftliches Drama. Denn das verschafft Täterstrukturen eine Kirmes, als gäbe es kein Morgen. Sie haben freie Fahrt in alle Richtungen, weil die Mitte der Gesellschaft zu wenig weiß.

Wir sitzen hier im Jahr 2025. Das Internet gibt es schon lange, und wir wissen auch schon lange, dass es solche Delikte, solche Zustände gibt. Ich kann nur sagen: Wir haben es mit einem Bildungsbürgertum, mit einem gehobenen Mittelstand zu tun, der wenig bis gar nichts weiß, aber denkt, dass er viel weiß. Wenn die Kinder dann sprechen, sagt mir die KPO, die ich von allen Polizeiwachen immer dabei habe: „Das gibt es doch nicht, dass die Kinder das schon wissen“, ob sie als Drogenkuriere angefragt werden, ob sie die Pässe fotografieren sollen, die Personalausweise, Bankkarten, Krankenkassenkarten und die dann wieder in die Portemonnaies stecken. Da wird mit Geld gelockt, mit Zugehörigkeit usw. Das passiert jeden Tag an allen Schulen. Es ist nicht eine Schule, es sind alle Schulen. Ich bin an Gymnasien, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Montessori- und Waldorfschulen. Es betrifft städtische Träger, kirchliche Träger, alle Schulformen. Immer kommen KPOler mit und sagen: Das gibt es doch gar nicht. – Das heißt, die Dinge sind bekannt.

In den sozialen Brennpunkten oder da, wo Eltern selbst Unterstützungsbedarf haben, in dem gettoisierten Migrationswohnen, wo alle deutschsprachigen Leute wegziehen und wir viele verschiedene Sprachen haben, gibt es diverse Hürden und Barrieren. Die Kinder sind ganz schlecht anzusprechen, weil sie mich gar nicht verstehen. Da kennen sich die Leute aber aus, weil sie das Ganze selber auf dem Handy haben. Wir haben es jetzt bei Grundschulern mit einer Elterngeneration zu tun, die selber diese Games zocken, die genau wissen, wie die Sachen passieren, viel besser als wahrscheinlich viele von uns, die wir uns da nicht täglich tummeln. Gut, ich tummele mich da täglich, aber das ist oft nicht schön.

Wir müssen generell über eine bessere Information der Gesellschaft nachdenken, damit wir – da bin ich wieder bei Herrn Professor Rüdiger – es so gestalten, dass Kinder das Gefühl haben, sie können dahin gehen. Kinder brauchen das Gefühl, sich äußern zu dürfen und zu können. Wir benötigen eine ganz andere Öffentlichkeitsarbeit. Die Erstsprache – auch da gebe ich Herrn Professor Rüdiger recht – muss so sein, dass die Kinder das Gefühl haben: Ich bin hier willkommen, ich darf hierhin gehen. – Vorgeschaltet sollte vielleicht, wenn es geht, jemand vom Jugendamt sein. Die PSNV ist oft sehr gut aufgestellt und ist ein Bindeglied zwischen Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und zum Beispiel Schulen. Ich plädiere sehr für eine vorgeschaltete Stelle. Ich bin auch sehr für die Streifen, denn die können schon einiges aufnehmen. Es geht um Erstkontakte mit einer vertrauensbildenden Haltung.

Die Kinder wollen sprechen. Wenn einer von Ihnen gerne mal mitkommen möchte, sind Sie herzlich willkommen. Kinder lernen den Polizeibeamten – Dirk Beerhenke weiß es, er war schon oft mit – zunächst als Menschen kennen. Der BD kommt immer in Uniform, die Verkehrserziehung läuft immer in Einsatzkleidung. Die Kinder finden Polizisten toll, Grundschulkindern und auch ältere. Polizisten sind Helden, alles ist

super. Und dann kommt das Aber, weil die Polizei sanktionsbefugt ist und weil das Bildungsbürgertum bis zum heutigen Tag sagt: Johannes Torben, da vorne steht der Wachtmeister; der nimmt dich mit, weil du dein Zimmer nicht aufgeräumt hast. – Das kommt heute noch. Es wird also Angst generiert.

Im sozialen Brennpunkt wurde schon einmal jemand wegen eines kleinen Drogendelikts, häuslicher Gewalt oder Ähnlichem abgeholt. Kinder aus Migrationsfamilien oder auch die Eltern haben in ihren Herkunftsländern Kontakt zu Polizisten gehabt, die alles andere als Freunde und Helfer sind. Das heißt, sie hatten Kontakt zu sehr viel Drangsal. Wir haben es also mit einer Sicht auf die Polizei zu tun, die sehr ambivalent ist.

Ich bin sehr bei Ihnen allen: Es geht um vertrauensbildende Maßnahmen. Wir reden hier von einer ganzen Generation. Das sind nicht ein paar Einzelschicksale, sondern das ist flächendeckend der Fall. Das können wir nur gesamtgesellschaftlich lösen. Ich verstehe, dass die verschiedenen Gewerke im eigenen Interesse argumentieren müssen, in der Draufsicht – früher haben wir von Drohneperspektive gesprochen, das machen wir nicht mehr, sondern es heißt jetzt Vogelperspektive – konstatieren wir aber, dass es nur gesamtgesellschaftlich geht. Wir müssen das als Räderwerk verstehen. Wir müssen uns zusammensetzen und uns austauschen.

Wir verlieren sehr, sehr viele Kinder, und zwar – einige von Ihnen haben es angesprochen – an destruktive Kräfte. Die kommen aus vielen verschiedenen Richtungen, das dürfen wir nicht vergessen. Wir haben ein Radikalisierungsmanagement im Internet, das spottet jeder Beschreibung. Die sind gut, die sind schnell, und die machen sehr viel mit Avataren. Die Avatare sind 24/7 verfügbar. Das heißt, sie sind maximal manipulativ und ultraerfolgreich. Das alles müssen wir als Gesellschaft wissen. Das alles müssen wir sehen, und damit müssen wir arbeiten.

Wir müssen vertrauensbildende Maßnahmen ergreifen. Die können wir eigentlich lösungsorientiert aber erst ergreifen, wenn wir wirklich wissen, was Phase ist; denn die Kinder testen immer erst, ob sie jemandem überhaupt vertrauen können, weil sie erleben, dass das Vertrauen ständig missbraucht wird. Das ist ganz, ganz schwierig.

Die Quote im Anzeigeverhalten ist miserabel. Deswegen sind auch die Statistiken so schwierig, weil es immer heißt: Das ist leider nur das Hellfeld. Die Dunkelziffer ist deutlich größer, denn das Anzeigeverhalten ist sehr schlecht. – Aber wir wissen auch, was passiert, wenn jemand eine Anzeige erstattet. Es gibt ein riesiges Machtgefälle. Das haben wir in der Musik, das haben wir im Leistungssport, überall. Das haben wir auch bei Kindern. Sie sind die Schwächsten und sehen: Wenn ich etwas sage, dann beginnt Victim Blaming. Stimmt das überhaupt? Hast du nicht auch eventuell ...? – Sofort setzt Victim Blaming ein. Das kriegen die Kinder mit. Sie haben Handys und sehen das alles.

Es geht um vertrauensbildende Maßnahmen, eine gute Öffentlichkeitsarbeit mit vorgeschalteten Gewerken, mit beigefügten Gewerken, mit nachgeordneten Gewerken. Das muss ein Räderwerk sein. Es geht nicht – da bin ich ganz bei Herrn Rettinghaus – für ein einzelnes Gewerk, das muss zusammengeschaltet werden. Dafür muss ein anderes gesellschaftliches Bewusstsein entstehen. Solange das nicht vorhanden ist, passiert etwas hinter dem Rücken der Gesellschaft, was wir nicht schön finden können. Das kommt durchaus aus anderen Ländern. Es kommt aus dem eigenen Land,

aber es kommt zunehmend auch aus anderen Ländern. Es ist ein weltweiter Zugriff auf unsere Kinder. Ich werbe sehr dafür, dass wir alles versuchen und hier tätig werden.

Auf die Eltern können wir nur bedingt zählen. Man muss ganz ehrlich sagen, die Eltern brauchen auch Unterstützung in der Information. Viele Eltern reagieren schnell panisch, viele Eltern reagieren auch über, viele Eltern können nicht reagieren, weil sie entweder intellektuell oder sprachlich nicht dazu in der Lage sind. Da haben wir noch ein dickes Brett zu bohren.

Die Kinder haben, das muss ich ganz deutlich sagen, anders als wir Erwachsenen kein Resilienzdepot. Sie können nicht abwarten, weil sie zum Beispiel in der falschen Behörde sind. Das geht nicht. Auch da bin ich wieder bei Herrn Professor Rüdiger. Sie brauchen eine sehr schnelle Entgegennahme ihres Anliegens und eine sehr zügige Antwort. Das ist bei Kindern untrennbar verknüpft. In der Sachbearbeitung ist das anders. Da geht es, wie Sie richtig gesagt haben, um den Fall, um das Delikt. Wenn wir über Kinder sprechen, brauchen wir eine Art ganzheitliche Betrachtung. Wir haben es meist mit einer Opfersituation zu tun, die möglicherweise mit einer Tätersituation kombiniert ist.

Für weitere Rückfragen stehe ich auch nach der Veranstaltung gerne zur Verfügung.

**Ann-Kristin Gaumann (JUUPORT [per Video zugeschaltet]):** Vielen Dank für die Einladung auch von meiner Seite.

Ich schließe mich gerne meinen Vorredner\*innen an und knüpfe insbesondere an die Ausführungen von Herrn Professor Rüdiger und Herrn Dr. John an. Auch wir als Beratungsstelle, die bundesweit agiert, haben die Erfahrung gemacht, dass Kinder und Jugendliche das Internet häufig als rechtsfreien Raum wahrnehmen.

Erstens sind Onlinewachen entweder nicht vorhanden oder so ausgestaltet, dass schon Erwachsene Schwierigkeiten haben, überhaupt eine Anzeige zu erstatten, bzw. es werden nicht alle Dinge aufgenommen.

Zweitens sind die Meldestrukturen auf der Plattform selber, um rechtswidrige Inhalte zu melden, so, dass Dinge häufig nicht nachverfolgt werden. Das Ganze läuft also ins Leere.

Drittens werden Kinder und Jugendliche, wenn sie doch den Schritt wagen, vor Ort eine Polizei aufzusuchen, häufig mit den Dingen konfrontiert, die auch meine Vorrednerin angesprochen hat, zum Beispiel Victim Blaming. Es herrscht aber auch einfach Unwissenheit bei den Beamten und Beamtinnen vor, und sie kommen dort nicht weiter. Das wissen wir aus unserer Beratungspraxis.

In unserer Beratung sind die meisten Fälle, die bei uns landen, rechtsrelevant. Meiner Vermutung nach werden sie in keinem Fall nachverfolgt. Deswegen begrüßen wir den Antrag der SPD-Fraktion und sehen das auch, so wie Herr Professor Rüdiger, als Leuchtturmprojekt, das sich hoffentlich auf das gesamte Bundesgebiet ausbreitet. Das Internet ist eben nicht lokal oder regional verankert, sondern bundesweit bzw. international verfügbar.

Auch ich befürworte, wie Herr Dr. John gesagt hat, eine vorgeschaltete Beratung durch Personen, die nicht dem Strafverfolgungszwang unterliegen. Das würde – die FDP-Fraktion hat es angesprochen – die Relevanz dessen verdeutlichen, was eine Strafanzeige beinhaltet und welche Konsequenzen sie für die Kinder und Jugendlichen hat. Es wäre im Vorhinein eine Person, die nicht direkt die Anzeige aufnehmen muss, sondern erst einmal auf das Kind, auf den Jugendlichen bezogen beratend tätig sein kann.

Was die Kooperation mit anderen Beratungsstellen angeht – das zur Frage der SPD-Fraktion –, sehe ich in erster Linie regionale und lokale Träger in der Verantwortung, gerade wenn es sich, je nachdem, wie es ausgestaltet ist, um eine lokale Verankerung in den Polizeibehörden beispielsweise handelt. Natürlich stehen auch wir als bundesweites Angebot beratend zur Verfügung. Ich würde dann in NRW erst einmal an die Kolleg\*innen von Frag ZEBRA oder an die ZAC verweisen, die auf dem Weg schon einige Schritte gegangen sind, auch in Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden.

Mehr habe ich nicht zu ergänzen. meine Vorredner und Vorrednerinnen haben die Fragen schon sehr ausführlich bearbeitet.

**Vorsitzende Angela Erwin:** Damit sind wir am Ende der ersten Runde angekommen und starten die zweite Fragerunde.

**Dr. Christos Katzidis (CDU):** Vielen Dank für die Ausführungen. – Sehr deutlich wurde jetzt die Angst von Kindern, die Sie, Frau Backe, in besonderem Maße dargestellt und dafür geworben haben, den Opferschutz stärker in den Vordergrund zu stellen.

Meine Frage richtet sich an alle. Wäre es nicht sinnvoll, wenn der gefahrenabwehrende Gedanke, also die Prävention und der Opferschutz, im Vordergrund stehen sollte, dass man ein Onlineangebot schafft, das eher nicht bei der Polizei angesiedelt ist, sondern beispielsweise im Bereich einer privaten Organisation mit Unterstützung der Polizei im Hintergrund? Das klang jetzt bei den Stellungnahmen eigentlich im Kern heraus.

**Christina Kampmann (SPD):** Meine Frage richtet sich an die Vertreter der Polizei in Anlehnung an die Ausführungen von Frau Backe. Im Innenausschuss sprechen wir oft über das Thema „Respekt vor der Polizei“. Wir sehen in der PKS, dass die Zahl der Angriffe auf die Polizei jedes Jahr steigt, und bleiben oft bei der Problemanalyse und bei den Ansteckpins des Innenministers stehen. Glauben Sie, dass ein solches Instrument vielleicht auch das Potenzial hätte, das Ansehen der Polizei – natürlich nicht nur dieses eine Instrument –, insgesamt die Rolle der Polizei in einem anderen Licht dastehen zu lassen? Denn im besten Fall gibt eine positive Erstbegegnung. Die Beamtinnen und Beamten, die oft schon in den Schulen sind, könnten erklären, dass sie nicht nur vor Ort und ansprechbar sind, sondern auch strukturelle Möglichkeiten haben. Wenn den Kindern und Jugendlichen Straftaten im Internet oder an anderen Stellen begegnen, dann finden sie hier eine Struktur vor, die ihnen ganz konkret hilft. Die Beamtinnen und Beamten sind dafür geschult. Das ist ein Gedanke, der mir während der Anhörung gekommen ist.

Herr Professor Rüdiger, Sie sind ja nicht als Professor geboren, sondern haben einen polizeilichen Hintergrund. Unsere Verantwortung in der Politik ist es, das, was in der Theorie und gesellschaftlich wünschenswert wäre, mit dem, was in der polizeilichen Praxis funktionieren würde – und wir alle kennen die Belastungssituation in der Polizei –, zusammenzubringen. Wie bewerten Sie das vor Ihrem polizeilichen Hintergrund? Am Ende wäre es toll, wenn wir das tatsächlich irgendwann umsetzen könnten, aber es muss eben auch umsetzbar sein. Die Hinweise der Gewerkschaftsvertreter sind nicht von der Hand zu weisen. Wir müssen dann am Ende gucken, wie wir es so hinbekommen, dass es hoffentlich funktioniert.

**Dr. Julia Höller (GRÜNE):** Die bisherigen Antworten waren schon sehr ausführlich. Ich möchte deshalb nur noch eine Unterfrage zu der Frage von Herrn Katzidis stellen. Das geht insbesondere in Richtung Polizeigewerkschaften.

Mein Eindruck aus dem Gesagten ist, dass wir zwar über ein Onlinekommissariat reden, also ein Polizeithema, dass wir aber eigentlich auf einer anderen Ebene unterwegs sind. Es geht die ganze Zeit um die Frage, was im Vorfeld durch zivilgesellschaftliche Organisationen passiert. Die Polizei ist hier gar nicht der Punkt, um den es geht, bei dem zwangsläufig der Hebel liegt. Können Sie dazu aus Ihrer polizeilichen Sicht noch etwas ausführen?

**Dr. Werner Pfeil (FDP):** Vielen Dank für die bisherigen Antworten. – Ich habe nur eine Frage, die sich an diejenigen richtet, die sie beantworten können. Gibt es Beispiele aus Europa für ein solches Projekt und wie es umgesetzt wurde?

**Markus Wagner (AfD):** Jetzt haben Sie schon die Frage gestellt, die auch ich hatte; das ist gut.

Zwei Fragen an alle Sachverständigen bzw. an diejenigen, die es beantworten können: Wir sprechen bei dem Onlinekommissariat, bei solchen Zugängen immer von „kindgerecht“. Kindgerecht ist aber nicht gleich kindgerecht. Kindgerecht zwischen 6 und 8 ist anders als kindgerecht zwischen 12 und 14 Jahren. Wie kann man die unterschiedlichen Altersstrukturen so darstellen, dass sie für alle kindgerecht sind? Das stelle ich mir nicht ganz unkompliziert vor; Vorbilder hatten wir schon.

Wir haben auch von Ihnen allen gehört – insbesondere die plastischen Darstellungen von Frau Backe haben mich sehr beeindruckt –, welche Verzahnungen notwendig sind, um ein gutes Konstrukt zu erhalten. Bis wir das haben, so ist mein Eindruck, vergehen viele Jahre mit runden Tischen, mit allen möglichen Dingen. Ich bin der Meinung, wir sollten relativ schnell anfangen, etwas zu etablieren, und darauf aufbauend eine Konstruktion entwickeln. Wie könnte so etwas aussehen?

**Vorsitzende Angela Erwin:** Wir steigen jetzt in die zweite Antwortrunde ein. Wir haben noch gut 25 Minuten, daher darf ich die Sachverständigen bitten, sich kurz zu halten, damit alle noch einmal zu Wort kommen.

**Prof. Dr. Stefan Jarolimek (Deutsche Hochschule der Polizei [per Video zugeschaltet]):**

Die Frage, ob das die Polizei tun sollte oder jemand anders, um gerade das Vertrauen zu gewinnen, ist unglaublich wichtig. Es wurde schon mehrfach ausgeführt, auch von Frau Backe eben, dass der Polizeikontakt nicht immer einfach ist. Ich habe versucht, das ganz am Anfang auszuführen. Der Streifenwagen ist in der Kita noch ganz schön, im Alter von bis zu sechs Jahren. Später sind es eher negative Kontakte, wenn Jugendliche, die keinen Ort in der Öffentlichkeit haben, aber auch nicht zu Hause sein möchten, im Park sitzen und von der Streife vertrieben werden, oder es wird ihnen nicht geglaubt. Das heißt, es gibt eine unglaubliche Hemmschwelle, überhaupt etwas zur Anzeige zu bringen, auch bei jugendtypischen Phänomenen, wenn etwas abgezogen, die Jacke oder das Handy weggenommen wird etc. Daher braucht es eine gute Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit, um Vertrauen zu gewinnen, damit die Polizei ein offenes, ein zugewandtes Image bekommt, auch bei den Jugendlichen.

Wenn es um die Nachwuchswerbung geht, ist komischerweise immer Geld da. Wenn es um Prävention und Schutz von Kindern und Jugendlichen geht, ist kein Geld da. Das wundert mich ein bisschen. Für einen Survivor als Sonderwagen ist eine halbe Million da, aber für die Prävention, die nicht so viel kostet, ist kein Geld da. Das wundert mich ein Stück weit.

Ich glaube, es ist schon die Aufgabe der Polizei, zumindest mit der Polizeiplakette zu kommen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird mittlerweile auch in Nordrhein-Westfalen zu großen Teilen von Tarifbeschäftigten erledigt. Im Kontakt mit der Polizei geht es um ein positives Bild, sodass man Vertrauen gewinnt und weiß, dass man sich an sie wenden kann. Das muss erlernt werden.

Es braucht natürlich auch, um das mit der Frage nach der kindgerechten Ausgestaltung zu verbinden, die Zusammenarbeit mit Jugendschutzorganisationen. Wir haben einige in Deutschland, mit denen man zusammenarbeiten kann, die Erfahrung aus Projekten mit verschiedenen Altersgruppen mitbringen.

Wir sprechen über ein Onlinekinderkommissariat. Das kann irgendwo im Land NRW sein, es könnte auch in einem anderen Land angesiedelt sein. Wir sprechen über das Internet. Aber es braucht vor Ort die Kräfte, die den Kontakt herstellen, die darauf verweisen: Wenn du etwas hast, kannst du dich dahin wenden, oder du kannst mich fragen.

Zu der Frage nach Doppelungen: Es ist auch heute schon so, dass ich, wenn mein Fahrrad geklaut wird, entweder zur Wache gehen und es dort melden kann, oder ich melde es auf der Onlinewache. Da gibt es keine Doppelung, mein Fahrrad ist nur einmal weg. Das ist vielleicht ein bisschen ein müdes Beispiel, aber so kann man es auch sehen.

Um es zusammenzufassen: Wichtig ist, dass es die Polizei selbst macht und gerade bei Jugendlichen um Vertrauen wirbt, die nicht immer ganz einfach zu sehen sind, was Jugenddelinquenz etc. betrifft.

**Dr. Emanuel John (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW):** Ich bin ganz froh, zu hören, dass der Vorschlag, eine nicht polizeiliche Beratung von Menschen ohne Strafverfolgungszwang vorzuschalten, Anklang gefunden hat. Vielleicht

höre ich da eine Differenz. Ich finde es gerade konstruktiv, solche kooperativen Präventionsstrukturen auch in den Polizeibehörden anzusiedeln und nicht so zu tun, als ob die Polizei nur eng organisatorisch bestimmte Aufgaben hat, und das andere machen andere. Klar, zur Kooperation ist sie nach einigen Polizeidienstvorschriften verpflichtet und macht das notgedrungen; ich übertreibe jetzt ein bisschen, manchmal klingt es so. Sie sollte selbst Mitgestalter dieser Kooperation sein. Das gibt es ja auch.

Sie haben nach Beispielen gefragt. Ich kenne keine aus Europa. In NRW selbst – das war zwar sehr anders gelagert – gab es die BAO Berg, also die Ermittlungseinheit. Auch wenn dort vieles anders war, hat sich gezeigt, dass in den Fällen „Lügde“ oder „Bergisch Gladbach“ – das hat sich dann ausgeweitet – sehr schnell interdisziplinäre Teams aufgebaut werden konnten. Klar, die hatten einen anderen Auftrag, und da arbeiten zum Großteil Leute, die keine Polizistinnen und Polizisten sind, die die schrecklichen Sachen sichten mussten. Aber das zeigt, es ist möglich, landesweite Kooperationen, Strukturen relativ schnell aufzubauen. Das sollte natürlich nicht nur eine BAO sein, aber es scheint möglich zu sein.

Herr Wagner hat Kooperationen und runde Tische angesprochen. Das gibt es ja in der Praxis. Die vielen KPOs der Kreispolizeibehörden sitzen häufig in Kooperationskontexten zusammen. Das muss man nicht neu erfinden, sondern überlegen, wie man den Schritt in den digitalen Raum schafft.

**Prof. Dr. Thomas-Gabriel Rüdiger (Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg [per Video zugeschaltet]):** Hier wird viel über Strafverfolgung geredet. Man darf bei solch einem Konzept, wenn man online etwas anbietet, nicht nur über Strafverfolgung sprechen, sondern am Ende geht es um Gefahrenabwehr. Sie müssen erst einmal einordnen, worum es überhaupt geht. In den meisten Fällen reden wir über gefahrenabwehrende Maßnahmen. Wenn jemand solch ein Kommissariat aufsucht, kann es gut sein, dass man als Erstes gefahrenabwehrend handeln muss und nicht strafverfolgend. Das gehört aber zusammen.

Ich gebe auch zu bedenken – ich weiß, das hört man nicht gerne –: In den meisten Polizeien in Deutschland ist die einzige originäre Aufgabe die Verhütung von Straftaten. Das sollte man sich immer vor Augen halten. Prävention ist eines der grundlegenden Elemente, für die Polizeibehörden zuständig sind.

Meiner klaren Meinung nach muss die Polizei in einem Raum, der sowieso schon als rechtsfrei wahrgenommen wird, nämlich der digitale Raum, Angebote unterbreiten, wenn wir dort nicht völlig außerhalb jeglicher Akzeptanz sein wollen. Das gehört dazu.

Ein weiterer Gedanke zur Onlinewache: Wenn ein Kind zum Beispiel Missbrauch in der Familie erlebt, gibt es normalerweise gute Chancen, dass man das in der Schule auffängt oder Lehrer, Mitschüler das mitbekommen. Was waren denn in der Coronazeit, als alle Kinder online waren, unsere Angebote an die Kinder? An wen konnten sie sich wenden? Das gab es nicht – genau das ist der Punkt –, außerhalb vielleicht von einigen zivilen Dingen, bei den staatlichen Sachen. Wenn wir über sexuellen Missbrauch reden, dann müssen wir wissen, dass es sich immer um einen hoheitlichen

Auftrag handelt, diesen zu bekämpfen. Wir müssen uns den Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stellen.

Damit will ich die Ausführungen von Herrn Kollegen Jarolimek unterstützen. Es steht und fällt mit Werbung, mit Aufklärungsarbeit der Polizei, mit Öffentlichkeitsarbeit. Wir müssen darüber aufklären, und zwar in allen sozialen Medien. Ich würde hier gar nicht so sehr den physischen Raum nehmen, sondern sagen: Nehmen Sie Geld in die Hand, und sorgen Sie dafür, dass jeder dritte Streamingclip bei Netflix ein Aufklärungsclip zu den Themen und ein Hinweis auf die Onlinewache, auf das Onlinekommissariat ist. Machen Sie im Gamingbereich ein bisschen was dazu. Gestalten Sie Ihre Social-Media-Accounts so, dass da nicht steht: „Wir nehmen hier keine Anzeigen auf, wir wollen hier nicht kommunizieren“, sondern schreiben Sie: „Sprich mit uns!“

Das Problem ist, dass sicherlich die Gewerkschaften und die Polizeivertreter fragen, wie sie dann mit den Anzeigestatistiken umgehen sollen. Das muss man irgendwann hinnehmen. Wir können nicht die ganze Zeit zusehen, was alles im Netz passiert, und gleichzeitig sagen: Macht nicht zu viel, es könnte schwierig werden. – Das ist ein grundsätzliches Problem.

Man redet im Ergebnis auch darüber, welche Aufgaben eine digitale Polizei überhaupt in einem digitalen Raum übernehmen soll und welche nicht. Bei Gefahrenabwehr werden Sie mir zu Recht die örtliche Zuständigkeit entgegenhalten. Örtliche Zuständigkeit ist im digitalen Raum schwer machbar. Deswegen: Hier müssen wir wirklich zukunftsorientiert denken.

Das nächste Thema ist: Gibt es europaweit vergleichbare Projekte? In der Form nicht. Sie wären tatsächlich europaweit – und wenn ich es übersehe, wahrscheinlich auch im westlichen Bereich – die Einzigen, die so etwas machen. Es gibt zum Beispiel in den Niederlanden die Wijkagenten, also explizit angepasste Kollegen, die sich mit solchen Themen auseinandersetzen. Wir brauchen eine zentrale Wache, eine zentrale Ansprechstelle, in der es heißt: Egal, auch wenn du dich irrst, sprich uns an. Das muss so einfach wie möglich sein, mit einem Mausklick: Hier ist ein virtueller Polizist oder Polizeibeamter, sprich direkt mit ihm.

Ich wurde darauf angesprochen, dass ich selber einmal Polizist war. Wissen Sie, wie es auf einer Wache ist? Wenn da jemand kommt, passe ich mein Niveau demjenigen an. Ich gehe auf die Knie, wenn es zum Beispiel ein Kind ist, und frage: Was ist los? – Das werden alle Kollegen und Kolleginnen, die hier sind, sicherlich auch so gemacht haben. Wo ist denn das im Netz? Das gibt es nicht. Genau dieser Gedanke ist es: anpassen an die Sprachfähigkeiten, an das Altersniveau, an die Kommunikationsfähigkeiten im Netz.

Zu der Frage: Können wir das überhaupt umsetzen? Ganz ehrlich – die Kollegen haben das ja auch schon ein bisschen kritisiert –: Wenn das größte Bundesland mit den meisten Einwohnern nicht in der Lage und auch nicht bereit ist, solch ein Konzept zu machen, wer soll es denn dann machen, wenn Sie das nicht machen? Man kann es dem Bund überlassen, aber auch dafür braucht man Initiativen. Starten Sie eine IMK-Initiative und holen alle anderen Bundesländer ins Boot. Irgendjemand muss doch anfangen, so etwas zu tun.

Ich komme auf die Konfrontation mit Sexualdelikten, auf Ihre eigenen Studien in Nordrhein-Westfalen zu sprechen. Jedes vierte Kind wird mit Sexualdelikten im Netz konfrontiert. Was machen wir? So gut wie nichts. Es gibt Studien, die besagen, dass sich nicht mal 1 % der Polizeibehörden, je nach Bundesland, mit Netzthemen beschäftigt. Das mag in NRW aufgrund Ihrer Erfahrungen etwas mehr sein, aber bundesweit sieht es nicht gut aus. Ein Kollege hat mal gesagt: Das Netz ist wie ein Piranhabecken, in das man die Kinder hineinwirft. – Gegenmechanismen sind so gut wie nicht vorhanden.

Man sagt dann immer: Wir müssen das in den Strukturen machen. – Das ist doch eine Aufgabe, die man vom Staat erwartet, wenn die Menschen Zeit im Netz verbringen, dass wir Angebote unterbreiten. Das sind die Angebote. Ich meine, NRW wäre dazu in der Lage, wenn Sie die Bereitschaft haben.

Der Kollege Jarolimbek hat es schon gesagt. Wenn ein Survivor, das Fahrzeug, für die Polizei angeschafft werden soll, geht das auch. Warum soll das hier nicht funktionieren? Ich bin fest davon überzeugt, dass Sie hier einen ersten Schritt für einen besseren digitalen Kinderschutz machen und auch für eine Polizeiarbeit, die im Netz von einer breiten Masse akzeptiert wird. Dafür müssen Sie natürlich Werbung machen, Imagearbeit betreiben. Das gehört dazu.

Zur Transparenz und Kommunikation gehört auch, dass man ansprechbar ist. Es ist für mich unbegreiflich – ich habe mal gelernt, dass Anzeigen formungebunden sind –, wie man auf seinen eigenen offiziellen Accounts schreiben kann: hier keine Anzeigen, keine Nachrichten. – Das widerspricht all meinen Konzepten. Das ist der Aspekt. Sie könnten vorangehen. Tun Sie es auch.

**Erich Rettinghaus (Deutsche Polizeigewerkschaft NRW):** Ich würde erst einmal ein Stück weit von der Begrifflichkeit „Onlinekommissariat“ weggehen. Wir müssen einen Onlinezugang schaffen. Daran sehe ich die Polizei eher sekundär beteiligt, sondern für mich ist das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration federführend bei der Schaffung eines solchen Portals, eines solchen Zuganges, natürlich unter interdisziplinärer Besetzung; auch die Polizei sollte beteiligt sein. Erst einmal müssen Sie alle Akteure ins Boot holen. Dazu gehören die Kommunen, die Städte, das genannte Ministerium, das Innenministerium. Dann muss man sich genau anschauen, wie das möglich ist.

Die Rolle der Polizei soll in einem positiven Licht gesehen werden. Ja, zum Glück haben wir ein gutes Ansehen. Letztendlich müssen wir das Vertrauen weiter aufbauen, gerade für die Kinder. Der Ausbau präventiver und aufklärerischer Strukturen kann nur vorgeschaltet sein. Wir brauchen einen Onlinezugang, bei dem das Vertrauen vorhanden ist. Da haben wir Defizite. Wir haben es heute oft gehört. Kolleginnen und Kollegen in Uniform werden in den Schulen, in der Öffentlichkeit positiv wahrgenommen. Da können wir noch Ansätze schaffen und versuchen, anzudocken. Vielleicht können wir eine Onlinesprechstunde oder Ähnliches ermöglichen – man muss ein bisschen weiterdenken –, in der jemand, der in der Schule war, danach noch online zur Verfügung steht. Das muss lokal gemacht werden, klar, aber man muss erst einmal die Strukturen mit der Schnittstelle Polizei schaffen, damit die auch beteiligt ist. Das ist das größte Problem dabei.

Ob ein privater Verein eingeschaltet wird oder nicht, das müssen die Ministerien entscheiden. Wenn die Polizei im Boot ist, dann ist klar: Wir haben unsere Strukturen und unsere Rolle, unsere Strafverfolgung, unsere Verpflichtungen, wie alle schon eingehend berichtet haben. Irgendwann brauchen wir eine Unterschrift, brauchen wir die Anzeige. Die Eltern müssen involviert werden. Eine Vorschaltung ist schon in Ordnung. Nur, wen schaltet man vor, und wo gliedert man das an? Das muss sorgfältig überlegt werden, um es nicht aus der Hand zu geben.

**Patrick Schlüter (Gewerkschaft der Polizei NRW):** Ich komme zu der Frage, ob hier etwas Nichtpolizeiliches vorgeschaltet werden muss. Wenn die Polizei informiert wird, gibt es natürlich den Gefahrenabwehrrahmen. Wir sind nicht diejenigen, die dann nur beraten und ganz schnelle Hilfe leisten können, weil wir dem Strafverfolgungszwang unterliegen. Der Gang einer Strafanzeige ist nicht geeignet, sofort das Problem zu lösen. Deswegen ist der präventive Charakter wichtig. Vorher sollten an der Stelle nicht polizeiliche Player angedockt werden. Wir sind dann flankierend, begleitend dabei. Dazu muss man eine Ansprechstation schaffen, die 24/7 erreichbar ist, gut ausgebildet und auch technisch in der Lage ist, bestimmte Ermittlungen aufzunehmen. Das kann bei unserer heterogenen Behördenlandschaft nur zentral stattfinden und sollte aus meiner Sicht an die Internetwache beim Dauerdienst des LKA angedockt und dort aufgesattelt werden.

Dann möchte ich den Begriff „Kommissariat“ aufnehmen. Ein Kommissariat bekommt ja eine Strafanzeige weitergeleitet, die woanders aufgenommen wurde, die es dann bearbeitet und Vernehmungen, weitere Täterermittlungen vornimmt. Deswegen müssen wir es zweigeteilt sehen. Wir wollen den Erstkontakt, die Ansprechbarkeit besser gestalten. Das ist ein Schritt vor dem klassischen Kommissariat, weil ein Kommissariat in der Form nicht 24/7 verfügbar ist. Das müssen wir noch ein Stück weit anders denken.

Sie haben vorhin gesagt, dass die Kollegen in Uniform, der Bezirksdienst bei der Verkehrsunfallprävention im Kindergarten, in der Grundschule, bei der Fahrradprüfung, beim Führerschein hoch angesehene Menschen sind. Die Frage ist, wann das mit negativen Kontakten, dass man beispielsweise irgendwo weggeschickt wird, kippt. Weitere positive Kontakte sind immer wichtig, um Vertrauen zu schaffen, dass Kinder und Jugendliche Polizisten niedrigschwellig ansprechen und Probleme dorthin kommuniziert werden.

**Dirk Beerhenke (Passionate Protectors):** Guten Tag zusammen! Ich war 25 Jahre im Bereich „Cybercrime“ unterwegs, 17 Jahre Ermittler und danach in der Prävention tätig. Nichts habe ich mir in der Zeit mehr gewünscht als eine Onlinewache, eine Präsenz der Polizei im Netz.

Jetzt sind wir in einer Situation, dass wir erste Hilfe leisten. Wichtig ist der Satz: Nur der, der nicht handelt, begeht den Fehler. Wir müssen tätig werden. Die Polizei sollte im Netz sichtbar sein, und zwar in Form einer Wache. Genauso gut sollte sie aktiv sein und Accounts nutzen auf Plattformen wie TikTok, Instagram, Snapchat und wie sie alle heißen. Sie sollte Kinder ansprechen können, natürlich mit Unterstützung. Ich will das nicht alles wiederholen, den bisherigen Ausführungen kann ich mich anschließen. Herr

Professor Rüdiger hat es aus meiner Sicht auf den Punkt gebracht. Wir sollten uns einer Kooperation anschließen und dann mit den Kindern arbeiten, ihre Anliegen aufnehmen, für sie da sein, zuhören und handeln.

Es gibt etwas Ähnliches, nicht so ausführlich wie eine Onlinewache, aber einen Austausch. Das ist vom eco – Verband der Internetwirtschaft eine sogenannte Beschwerdestelle. Dahinter sitzen vier Juristinnen und Juristen. Die nehmen auch anonym – das ist das Wichtige dabei, sie haben keinen Strafverfolgungszwang – Meldungen entgegen. Sie stellen dar, dass das nicht ganz so gut ist, weil man nicht ermitteln kann, aber sie machen es. Sie reden mit den Leuten und leiten erkannte Sachverhalte, also erkannte Straftaten, weiter an das Bundeskriminalamt, das dann die interne Steuerung bei der Polizei übernimmt. Da könnte man sich das eine oder andere anschauen.

Wichtig ist, dass die Polizei erreichbar ist. Alle von uns surfen im Internet. Ist Ihnen da schon mal ein Streifenwagen begegnet, ein Polizist, ein Account? Gab es auf einer Plattform die Polizei, an die man sich unkompliziert wenden konnte? Wenn wir das runterbrechen auf die Kinder, ist die Frage: Was würden Kinder denn annehmen? Versuchen wir, uns in diese Rolle zu denken. Was wäre ansprechend für Kinder? Das ist keine Onlinewache, die auf der Seite www.irgendwas mit einer komplizierten Geschichte dahinter ist, auf der sie zufällig vorbeisurfen, sondern es muss sichtbar sein. Auf den Seiten müssen Buttons erscheinen, und wir brauchen wie bereits besprochen ausreichend Werbung.

Was die Strukturen betrifft, können wir uns zum Beispiel bei Influencern abgucken, wie sie arbeiten. Die Plattformen sind schon da, wir brauchen sie nur zu nutzen.

**Ann-Kristin Gaumann (JUUPORT [per Video zugeschaltet]):** Ich schließe mich meinen Vorrednern an. Ich möchte betonen, dass ich das, was Herr Dr. Katzidis vorgeschlagen hat, die Trägerschaft auszulagern, als nicht sehr sinnvoll ansehe. Es sollte schon an eine staatliche Stelle angegliedert sein. Die Zivilgesellschaft ist in ihren Vereinsstrukturen ohnehin überlastet, hängt auch immer in Förderstrukturen und hat wenig Ressourcen. Das kann sie nicht auch noch abfangen, sondern das ist eine staatliche Aufgabe. NRW als bevölkerungsreiches Bundesland – da möchte ich mich explizit den Ausführungen von Herrn Professor Rüdiger anschließen – kann das leisten und sollte dort vorangehen.

Zu der Frage der AfD-Fraktion – das sagte auch mein Vorredner –: Wir müssen uns ja nicht ausdenken, was Kinder und Jugendliche brauchen oder welche Ansprache gut für sie wäre, wir könnten sie einfach fragen. Auch Herr Dr. John hat das in seiner Stellungnahme angesprochen. Kinder und Jugendliche sollten in den Prozess einbezogen werden. Detailfragen müssen geklärt werden. Es gibt Möglichkeiten, die Zielgruppe einzubeziehen, zum Beispiel über die Landesschülerkonferenz.

**Vorsitzende Angela Erwin:** Damit sind wir am Ende der Anhörung angekommen. Ich darf allen Herren und Damen Sachverständigen ganz herzlich Danke sagen für die wertvollen Beiträge sowohl in den schriftlichen Stellungnahmen als auch heute im Austausch miteinander.

Ich wünsche den Sachverständigen, allen Gästen und Zuhörern eine gute Rückreise. Den Mitgliedern des Innenausschusses wünsche ich einen guten Appetit, bevor wir uns um 13:30 Uhr zur nächsten Innenausschusssitzung wiedersehen.

Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

gez. Angela Erwin  
Vorsitzende

**Anlage**

20.10.2025/24.10.2025



**Anhörung von Sachverständigen**  
des Innenausschusses

**NRW muss funktionieren: Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum –  
Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“  
für Kinder und Jugendliche**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/13149

am Donnerstag, dem 2. Oktober 2025  
11.30 bis (max.) 13.00 Uhr, Raum E1 A16, Livestream

## Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Stefan Jarolimek Deutsche Hochschule der Polizei Universität der Polizeien des Bundes und der Länder Fachgebiet II.5 Münster	<b>Prof. Dr. Stefan Jarolimek</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	---
Dr. Emanuel John Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen Abteilung Duisburg Duisburg	<b>Dr. Emanuel John</b>	<b>18/2898</b>
Professor Dr. Thomas-Gabriel Rüdiger Leiter des Instituts für Cyberkriminologie Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg Oranienburg	<b>Prof. Dr. Thomas- Gabriel Rüdiger</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	<b>18/2961</b>
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB Bundesleitung Berlin	---	---
Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>Erich Rettinghaus Frank Mitschker</b>	<b>18/2926</b>

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Gewerkschaft der Polizei NRW Landesvorsitzender Patrick Schlüter Düsseldorf	<b>Patrick Schlüter</b> <b>Rainer Axer</b>	<b>18/2899</b>
Dirk Beerhenke / Insa Backe Passionate Protectors Neunkirchen-Seelscheid	<b>Dirk Beerhenke</b> <b>Insa Backe</b>	<b>18/2875</b> <b>18/2927</b>
Ann-Kristin Gaumann Juuuport e.V. Hannover	<b>Ann-Kristin</b> <b>Gaumann</b> <i>(per Videozuschaltung)</i>	<b>18/2928</b>
Birgit Köppe-Gaisendrees Ärztliche Kinderschutzambulanz Bergisch Land e.V. Sana-Klinikum Remscheid GmbH Remscheid	<b>keine Teilnahme</b>	<b>18/2929</b>